

## Die Ministerkrise in Oesterreich.

Der österreichische Ministerpräsident Herr von Seidler hat unvermutet seine Entlassung eingereicht, aber der Kaiser hat sie abgelehnt. Somit wird in Wien in diesem Augenblick das bei solchen Anlässen hergebrachte Gängen und Wängen um eine Mehrheit vor sich gehen. Um diese zusammenzustellen, müssen vielleicht einige von den bisherigen Ministern aus dem Kabinett „ausgeschifft“ werden; mit jedem solchergestalt das Schiff verlassenden Insassen wird aber wieder die ins Auge gefasste Mehrheit selber problematisch und so ergeben sich zwischen Morgenblatt und Abendblatt immer neue Konstellationen und Stimmungen, welche von den zu diesem Zwecke angelegten politischen Chronisten mit treuer Gewissenhaftigkeit gebucht werden dürften. Die Krise des Ministeriums Seidler hat mit den inneren Notwendigkeiten des Staates wenig zu tun. Das Ministerium, so schwach es auch ist, kann wenig dafür. Ob es in Amie bleibt oder geht, an den Grundzuständen wird sich wenig ändern. Auch ist die Krise durch die bisher gegebenen Ausführungen nicht geklärt. Der Minister verspricht den Deutschen die Errichtung eines deutschen Gerichts in Trautau. Darüber geraten die Tschechen in maßlose Erregung. Gut, das konnte man vorher wissen, und es konnte eigentlich nicht viel ausmachen, da ja die Tschechen schon vorher so oppositionell wie nur irgend möglich waren. Nun aber kommen die Polen und nehmen sich, nachdem sie vor acht Tagen noch das Ministerium gegen die Tschechen gestützt haben, der tschechischen Sache an, mit dem Ergebnis, daß der Staat sein kümmerliches Budgetprovisorium für zwei Monate nicht erhält. Mithin muß den Polen irgend etwas nicht gefallen, was natürlich mit dem Kreisgericht in Trautau nicht das geringste zu tun hat; vielleicht trübt sie Beschwerden über die auswärtige Politik, vielleicht trübt etwas anderes ihren Gleichmut. In dem Wirrwarr der österreichischen Politik sind die vorgeblichen Gründe fast niemals die wirklichen. Nun also soll Ritter von Seidler bleiben, da der Kaiser sich nicht von ihm trennen will. Mit dieser Willenserklärung des Monarchen ist es freilich nicht getan, das Feilschen hinter den Kulissen muß erst das Beste leisten, und tatsächlich hat Kaiser Karl den Ödman des Polenklubs, der heute wohl der Herr der parlamentarischen Lage ist, bereits empfangen. Wenn aber die Polen den Minister wieder zu Gnaden annehmen, dann werden sie sich das ganz hübsch bezahlen lassen. Resultat: die Steuerzahler der übrigen Nationalitäten tragen die Kosten dafür, daß durch Sonderprivilegien für Galizien die polnischen Stimmen für das Budget gewonnen werden. An alledem trägt von den heute im Vordergrund stehenden Persönlichkeiten niemand die Schuld, ganz gewiß nicht der Ministerpräsident. Es ist die Gesamtheit der politischen Zustände, die zu diesen Ereignissen führt.

G Wien, 8. Febr. (Priv.-Tel.)

Mit der Ablehnung der Demission Seidlers sollte wohl dem Ministerpräsidenten Zeit gelassen werden, sich mit der Aufgabe der österreichischen Regierungskunst allmählich vertraut zu machen. Auch unter den „gelernten“ Staatsmännern findet sich niemand, der einen Ausweg aus der augenblicklichen Krise wüßte, denn diese Krise ist, wie die „Arbeiterzeitung“ richtig ausführt, nur der Ausdruck der allgemeinen Staatskrise. Es ist nur jetzt zum ersten Mal zum Ausdruck gekommen, daß in Oesterreich eine Staatsmehrheit überhaupt im Grunde nicht mehr besteht, seitdem die Polen das Interesse an dem Staat, den sie bald vollständig zu verlassen gedenken, verloren haben, nicht mehr die Energie aufbringen, ihre eigenen deutschfeindlichen Nationalisten im Zaum zu halten. Für Regierung und Staat stehen nur die Deutschbürgerlichen ein. Die Tschechen, Südslaven, Polen und Sozialdemokraten bilden eine Mehrheit gegen jede Regierung. Mit einem Systemwechsel, der auch aus anderen Gründen absolut unmöglich ist, wäre nichts gewonnen, denn dann gingen die Deutschen in Opposition und würden mit den unbedingt oppositionellen Sozialdemokraten eine Mehrheit bilden. Ein sehr geschickter Verhandlungstaktiker könnte aus der Abneigung der Parteien gegen eine neue Schließung oder gar Auflösung des Hauses vielleicht doch so viel Kapital schlagen, daß er unter Verzicht auf jedes politische Mitglied in seinem Ministerium eine bürokratische Mehrheit irgendwie zusammenbrächte; natürlich müßten die Polen sehr teuer bezahlt werden. Nur ist Seidler dieser Verhandlungstaktiker nicht. Die Forderung des Trautauer Kreisgerichts, an der die Krise ausgebrochen ist, hat Seidler ja auch nur gemacht, gedrängt durch den Beschluß der Deutschböhmern, ihr Verhältnis zur Regierung zu klären und ihre Gefolgschaft zu verweigern, wenn sie sich nicht entschloß, sich ganz auf die Seite der staatsstreuen Völker zu stellen. Es ist sehr fraglich, ob die Deutschböhmern, die nun schon so viele Jahrzehnte hingehalten worden sind, sich abermals betrogen lassen würden. Es besteht die Gefahr, daß auch die Deutschen das Interesse am Staate verlieren, aber es scheint doch, daß die Rücksicht auf Erhaltung des Parlaments vorläufig alle Sorgen in den Hintergrund drängt, und so wohl weitergeworfen werden wird.